



Der „Demokratie- & Sozial-Stachel“ für Zeulenroda- Triebes und Umgebung!

Bürgerinformationsblatt der BIZ 08/ 2013

der Bürgerinitiative für sozialverträgliche Abgaben und Leistungsgerechtigkeit in

Zeulenroda- Triebes und Umgebung BIZ e.V.:

Vertreten im Kreistag des Landkreises Greiz (Fraktionsgemeinschaft mit Vertretern von Bündnis 90/die Grünen und IWA), als eigene Fraktion im Stadtrat von Zeulenroda- Triebes und in verschiedenen Orts- und Ortsteilparlamenten! Wir bitten um Beiträge und Kommentare der Mitglieder der BIZ und von Interessenten an unserer Tätigkeit zu folgenden Rubriken:

- Wissenswertes/ Aktuelles aus **dem Thüringer Landtag** (bezogen auf unser Territorium); Das Gleiche, mit seinen Auswirkungen auf den Bürger, aus dem **Kreistag Greiz, dem Stadtrat Zeulenroda-Triebes und deren Ortsteilräten, sowie aus den Ortschaftsräten der umliegenden Orte;**
- Informationen zu Entwicklungen an der Steuer-, Beitrags- und Gebührenfront im Territorium Greiz, Zeulenroda-Triebes und Umgebung.

Naive oder verschlagene Bundespolitiker beim Umgang mit der Ausspähaffäre der NSA.

Wer nichts weiß ist fein heraus, oder aber fehl am Platze bzw. im Amt. Das ist der Tenor der Bewertung der von der Kanzlerin gegebenen Pressekonferenz und dem Kommentar von Christian Kerl (OTZ v.20.07.2013) zu deren Pressekonferenz. Diese Aussage begründet sich auf Passagen des geleisteten Amtseides der Kanzlerin, in dem unter anderem geschworen wird, „Schaden vom deutschen Volk abzuwenden“. Gerade das erfolgt aber in großem Stil beim millionenfachen Ausspähen und Datensammeln bei den Bürgern, sowohl durch die NSA, die westlichen Geheimdienste und in treuer Verbundenheit mit dem BND und dem Bundesamt für Verfassungsschutz. So kann und darf das „Dienen verantwortlicher Politiker in Deutschland für das Land und seine Bürger“ nicht aussehen.

Wenn ich mir vorstelle, dass es die heutigen technischen Möglichkeiten erlauben, selbst bei abgeschalteten Rechnern über die eingebauten Web-Cam`s in die intimste Privatsphäre der Bürger problemlos einzudringen, dann wird die ganze Dimension dieser Schnüffelei deutlich. Dass die verantwortlichen Politiker nicht bereit sind, ihre Kenntnisse dazu preiszugeben erschüttert mein Vertrauen in die Demokratie erheblich. Dass sie sich auf die Position des „Nichtwissens“ zurückziehen macht eigentlich die Ohnmacht auch der angeblich Mächtigen sehr deutlich. Wo bleibt der Kanzleramtsminister als Verantwortlicher für die Geheimdienste, wenn es um die Rolle des BND in diesem Spiel geht. Totale Fehlanzeige. Welche Rolle nimmt der Bundespräsident als ehemaliger „DDR-Bürgerrechtler“ und von der Stasi Bespitzelter ein? Warum gibt der Innenminister nach seiner desaströsen USA-Reise zum Thema NSA den Bürgern den Rat, sich selbst um ihre Datensicherheit zu kümmern. Gleichzeitig macht er den Bürgern in keiner Weise, zum Beispiel über sein Ministerium, ein kostenfreies

Sicherheitssoftwareangebot zum downloaden auf der Internetseite des Ministeriums zugänglich. Viele Internetnutzer werden damit von angeblich „verantwortlicher Politik“ ohne Hilfe mit etwaigen Problemen allein gelassen! Man könnte daraus schlussfolgern, dass so etwas kompetent nicht zu verwirklichen bzw. von oben her nicht gewollt ist, um es den Diensten leichter zu machen und die Bürger rund um die Uhr lückenlos zu überwachen.

Echte Freundschaft mit den Verbündeten, die ich gern akzeptieren will, muss sich deshalb nicht am Umfang des Ausspähens sondern am vertrauensvollen Umgang miteinander manifestieren! Dazu ist aber jetzt auch von der Bundesregierung Courage für ihre Bürger gefragt!

Dietrich Hoffmann, OTZ vom 24.07.2013

Das nachfolgende Echo als Leserbrief in der OTZ vom 01.08.2013 unter der Überschrift „Guter Beitrag“ von **Herrn Dieter Barth aus Wickersdorf** macht deutlich, wie dieses Thema unsere Bürger bewegt. Wörtlich zitiert heißt es darin: „...ein sehr guter Beitrag, nahezu jeden Satz kann man unterstreichen. Angesichts des millionenfachen Schnüffeln wird auch manch einer zu der Ansicht gelangen, dass frühere Datensammler im Vergleich zu dieser Praxis wahre Waisenknaben waren.“

Dankbar kann man in diesem Fall werten, dass dieser Brief fast im vollen Wortlaut von der OTZ veröffentlicht wurde!

Dietrich Hoffmann

Die BIZ zu Veränderungen im Thür. KA-Gesetz

Auf die kleine Anfrage der Linkspartei an die Thüringer Landesregierung zu Auswirkungen der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes (BVG) zum BayKAG sieht die Landesregierung derzeit keinen akuten Handlungsbedarf, sondern zieht sich auf das Prüfen zurück, so dass hier in den nächsten Wochen keine Entscheidungen fallen werden. Im Rahmen einer mündlichen Anfrage im Plenum vom Mai hatte dieselbe Landesregierung noch verkündet, dass die Gemeinden damit nach freiem Ermessen umgehen könnten, was jedoch jetzt nun nicht mehr Inhalt und Gegenstand der gegebenen Antwort sein kann.

Bisher beruft sich die Thüringer Landesregierung darauf, dass die Bindungswirkung der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes wegen seiner Unvereinbarkeit mit dem Grundgesetz nur für das Bayerische Kommunalabgabengesetz zutreffend ist. Die Auffassung des BVG bis zum 01.04. 14 eine verfassungsgemäße Neuregelung zu schaffen, richtet sich an den bayerischen Gesetzgeber, so die derzeitige Position der Thür. Landesregierung. Da aber die Fassung des Thür. KAG fast identisch mit dem bayer. KAG ist, muss die Thür. Landesregierung aber letzten Endes doch reagieren. Sie verzögert zur Zeit den Gesetzgebungsprozess! Internetnutzer der BIZ sollten deshalb in dem neu eingerichteten Diskussionsforum der Landesregierung auf eine dringende verfassungsgemäße Gesetzgebung drängen. Dietrich Hoffmann

Die BIZ zu Ungerechtigkeiten bei der EEG Umlage

Immer mehr Unternehmen in Deutschland wollen nach Informationen der Presse ihre hohen Stromkosten loswerden. Für 2014 hätten so viele Betriebe wie noch nie eine Befreiung von der EEG-Umlage beantragt, schreibt das Blatt und beruft sich dabei auf die Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Grünen-Bundestagsfraktion. Das Ende vom Lied: Die Privatverbraucher werden vermutlich noch mehr für den Strom zahlen müssen. Zum Stichtag am 1. Juli seien Anträge von 2367 Unternehmen eingegangen, heißt es in der Antwort auf die Grünen-Anfrage. Im vergangenen Jahr profitierten 1691 Unternehmen mit insgesamt 2262 Abnahmestellen. In den aktuellen Zahlen sind aber nur elektronische Anträge berücksichtigt. Wenn auch die Eingänge per Post erfasst sind, könnte die Zahl also weiter steigen. Die meisten Anträge stellte das Ernährungsgewerbe (565), dann folgen die Kunststoffbranche (447), der Chemiesektor (323) und die Metallindustrie (235). Da für jede Abnahmestelle, die über der Verbrauchsgrenze liegt, ein eigener Antrag gestellt werden kann, reichen manche Unternehmen mehrere Anträge gleichzeitig ein. Mit der Regelung sollen stromintensive Betriebe,

die im internationalen Wettbewerb stehen, von den Stromkosten entlastet werden. Diese sind für deutsche Unternehmen im europäischen Vergleich hoch.

Kritik hat es immer wieder gegeben, weil etwa auch Schlachthöfe, Backfabriken oder in Thüringen Steinbrüche begünstigt wurden, bei denen der internationale Konkurrenzkampf als Argument kaum zutreffend ist. Über die Anträge entscheidet das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA). **Für Privathaushalte ist eine Abgabe von derzeit 5,3 Cent pro Kilowattstunde (kWh) fällig.** Allein durch den Weiterbau an Solar- und Windkraftanlagen soll die Umlage im kommenden Jahr auf 6,5 Cent pro kWh steigen. Kommen die Unternehmen mit ihren Anträgen durch, müssten die Lasten der Umlage nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) im nächsten Jahr auf immer weniger Schultern verteilt werden, schreibt die Presse uni sono. Deshalb könne der Strompreis für private Haushalte erneut steigen. Schätzungen zufolge werde das Volumen der EEG-Ausnahmen 2014 auf rund fünf Milliarden Euro anwachsen und ebenfalls einen neuen Rekordstand erreichen.

Frau Merkel und ihr Umweltminister schwafeln bzw. Deckelung des EEG und von Demokratie, aber das Grundgesetz, auf das sie geschworen haben, scheinen sie nicht zu kennen. Nämlich den Grundsatz der Gleichbehandlung. Wer den Einfluss nehmenden schwarz-gelben Lobbyfilz noch mal wählt, ist selber Schuld und braucht nicht mehr zu jammern. Wenn sie wieder an die Macht kommen, könnte es noch weitaus schlimmer werden. Dietrich Hoffmann

„Mit den Bürgern – für die Bürger“! Diese Maxime gilt bei uns nicht nur für den Wahlkampf!

Deshalb die Einladung für den erweiterte Vorstand der BIZ zu unserer öffentlichen Vorstandsberatung

Am Mittwoch, den 07. August 2013 findet unsere öffentliche Vorstandsberatung in der Gaststätte „Kuhstall“ in Kleinwolschendorf statt.

Achtung: Wir beginnen schon um 18.00 Uhr !

Als Gastredner haben wir MdB Frank Tempel, Fraktion DIE LINKE, eingeladen. Frank Tempel kandidiert erneut für den Bundestag.

Tagesordnung:

- 1.Änderung/Bestätigung der Tagesordnung
- 2.Kurze Auswertung der nichtöffentlichen Vorstandsberatung :
 - Kooptierung von Frau Pasch , aus Zadelsdorf, in den Vorstand;
 - Nutzung der **Bürgerplattform** des Thüringer Landtages, kurze Aussage von Dietrich Hoffmann;
 - Infostände – bundesweiter Volksbegehren - wie ist die Resonanz, kurze Aussage Siegmund Borek;
 - Stand Vorbereitung der Kommunalwahlen 2014, hierzu Informationen, falls der Termin bleibt, zur nächsten Vorstandsberatung, am 11. September 2013.
- 3.Beschlussantrag: geplant sind die Infostände bis jetzt, bis zum 22.08.2013 – verlängern wir bis zum 12. September 2013 ?
- 4.Diskussionsrunde mit Frank Tempel
- 5.Roster fassen!
- 6.Sonstiges:

Die BIZ für bundesweite Volksentscheide

Bürgerinnen und Bürger zu sein, nicht nur Einwohnerin und Einwohner, heißt, bürgen zu können für gesellschaftliche Erfordernisse. Mit der direkten Demokratie könnten sich die Menschen in ihre ureigensten Angelegenheiten einmischen. **Wählen allein reicht da nicht**, denn es erweist sich in zunehmenden Maße, dass der Wähler für die Dauer der Wahlperiode buchstäblich seine Stimme abgibt. Deutlich wurde das z. Bsp. bei uns in Thüringen. Da klagte die Landesregierung gegen die berechtigten Interessen ihrer Bürger zur Veränderung der KAG-Gebühren. Nur alle paar Jahre ein Kreuz zu machen, das ist Ausdruck demokratischer Unterforderung und großer Vorbehalte der Regierenden gegenüber seinen Bürgern. In den



Kommunen gab es bisher mehr als 5.000 Bürgerbegehren und über 2.800 Bürgerentscheide, auf Landesebene, 78 Volksbegehren und 19 Volksentscheide bundesweit. Dadurch wird die Praxis allmählich lebendig. Aber auf Bundesebene wird uns

dieses
Recht
vollständig ver-



weigert. Deutschland ist damit das ein-

zige unter den Ländern der EU, in dem es noch nie einen landesweiten Volksentscheid gab. Das dies verändert wird, dafür steht die BIZ mit ihrer wöchentlichen Sammlung zur Unterstützung des Anliegens von „Mehr Demokratie“ an ihrem Info-Stand am Brunnen donnerstags von 9.00 Uhr -12.00 Uhr ein. Wir finden dafür viel Verständnis und Zustimmung bei den Bürgern.

D. Hoffmann

Die BIZ veranstaltet einmal jährlich, so auch 2013, ihr traditionelles **„Karpfen-Brauchtumsessen“ am: Freitag, dem 06. Dezember 2013, ab 18.00 Uhr in der Gaststätte „Grüner Baum“ in Zeulenroda-Triebes, Märien Nr.5!**



Dazu lädt der Vorstand der „Bürgerinitiative für sozialverträgliche Abgaben und Leistungsgerechtigkeit in Zeulenroda-Triebes und Umgebung“, BIZ e.V. und deren Fraktion im Stadtrat Zeulenroda- Triebes, Sie und Ihren Ehepartner recht herzlich ein. Über Ihre zugesagte Teilnahme würden wir uns sehr freuen! **Um Ihre persönliche telefonische Voranmeldung mit Essenswunsch im „GrünenBaum“: Telefon: 036628 83257** wird bis spätestens **22.11.2013** gebeten!

Der BIZ - Vorstand Zeulenroda
gez.: B. Rentzsch, amt. Vorsitzende

Die Fraktion der BIZ im Stadtrat
gez.: B. Rentzsch, Fraktionschefin

Die BIZ in eigener Sache

Erstens: In seiner nicht öffentlichen Vorstandsberatung vom 17.06 2013 hat der Vorstand der BIZ mit einer Stimmenthaltung Frau Elfriede Pasch aus Zadelsdorf in den Vorstand der BIZ kooptiert.

Zweitens: Die Beitragsbarzahler werden außerdem daran erinnert, dass die Beiträge 2013 zu entrichten sind. Die Beiträge 2014 werden wegen der Umstellung der Bankenmodalitäten bereits im Dezember 2013 eingezogen.

Zusammenfassung von Dietrich Hoffmann

Impressum: Zur redaktionellen Verarbeitung senden Sie Ihre Beiträge per Internet oder Post an folgende **Adressaten:**

Dietrich Hoffmann, 07937 Zeulenroda-Triebes, Friedrich- Reimann- Str.3; rd.hoffi@t-online.de ; Siegmund Borek, 07937

Zeulenroda- Triebes, Flur Oerlich 5; s-borek-z@t-online.de

*Die verwendeten Fotos ohne Quelle sind alle Privat

V. i. d. S. u. P.: Dietrich Hoffmann, Friedrich-Reimann-Str. 3, 07937 Zeulenroda-Triebes